

## Call for Papers

Für die Frühjahrstagung der DVPW-Theoriesektion (16.-18. März 2001) wird um Vorschläge für Vorträge im Panel „Macht und Kultur“ am Donnerstag, den 17. März gebeten.

Abstracts von einer Seite sollten bis zum 12.12.2010 an Franco Barrionuevo-Anzaldi, Andreas Busen, Rieke Schäfer und Veith Selk gesandt werden (Kontakt: andreas.busen (at)wiso.uni-hamburg.de). Insbesondere Vorschläge von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern sind willkommen.

Die Vorträge sollten 20 Minuten nicht überschreiten. Erwünscht sind Themen und Fragestellungen, die sich an die unten stehenden explorativen Überlegungen anschließen lassen.

Der Zusammenhang von Macht und Kultur ist in der politischen Theorie bisher perspektivisch verengt thematisiert worden.

In klassischen politikwissenschaftlichen Studien wird der Einfluss von Kultur auf die Erlangung und Ausübung von Macht, auf Herausbildung, Fortbestehen und Auflösung von Machtverhältnissen und -strukturen, sowie auf die mögliche Macht von Kultur selbst zumindest nicht explizit einbezogen. Besonders deutlich wird dieser Umstand in denjenigen Arbeiten, die sich mit der Macht von Akteuren in Entscheidungsprozessen beschäftigen (Dahl 1961; Bachrach et al. 1977; Lukes 1976); insofern hier Machtstrukturen im Kontext politischer Entscheidungsfindung im Zentrum der Analysen stehen, bleiben diese vorrangig auf den Phänomenbereich eines traditionellen Politikbegriffs beschränkt. Aber auch dort, wo zum Beispiel in marxistischer Tradition Macht gerade nicht bei im engeren Sinne politischen, sondern ökonomischen Akteuren verortet wird, bleibt Kultur entweder vollständig determiniertes oder abgeleitetes Überbauphänomen. Dieser Reduktionismus wurde zwar durch die produktive Rezeption der Gefängnishefte Gramscis, insbesondere im marxistisch inspirierten Strang der *Cultural Studies* (Hörning 1999), aufgebrochen, aber nicht systematisch in einer politischen Theorie von Macht und Kultur aufgehoben. Dies überrascht auch deshalb, weil gerade die hier ihren Ausgang nehmenden struktur- und kommunikationstheoretischen Ergänzungen des Machtbegriffs besonders geeignet erscheinen, kulturelle Manifestationen und Quellen von bzw. Wechselwirkungen mit politischer Macht zu erfassen (Offe 1977).

Wo schließlich eine explizite Analyse des Verhältnisses von Macht und Kultur vorgenommen wird fokussiert diese einen spezifischen Ausschnitt von Kultur. Hier kommen in der von Gabriel Almond und Sidney Verba stehenden Tradition der „Politischen Kulturforschung“ lediglich die für das politische System legitimationsrelevanten Einstellungen und Werte der Bürger in den Blick (Almond, Verba 1963). Aus dieser Perspektive bleiben allerdings andere Objektbereiche der Kultur, die mehr auf Kulturartefakte abheben, ausgespart. Vereinzelt werden diese durch Studien eingefangen, die die politische Repräsentationsfunktion beispielsweise von Architektur und darstellenden Künsten (von Beyme 1998) betrachten. Jüngst erfolgt dabei die Ausweitung der Analyse auf Phänomene der Populärkultur (Nieland 2009). Zwar ermöglichen diese Forschungsimpulse eine Ausweitung des Gegenstandsbereichs der Kultur, nicht jedoch eine Reformulierung des Kulturbegriffs selbst: die Politikwissenschaft begreift Kultur vornehmlich als ein ausdifferenziertes System, dessen eigentümliche Fluchtlinie zur Politik durch einen Überschuss an symbolischer Sinnstiftung gezogen wird. Der Zusammenhang von Macht und Kultur kommt in der Politikwissenschaft somit höchstens am Rande einer „Politischen Semiotik“ (Dörner 1996) zur Geltung.

Neue Impulse im Spannungsfeld von Macht und Kultur müssten zunehmend dort erscheinen, wo ein weiterer Kulturbegriff und ein weiterer Politikbegriff zu Grunde gelegt werden.

Hatten bereits Foucault (Foucault 1973) und andere poststrukturalistische Theoretikerinnen und Theoretiker (Derrida 1972) die „Dezentrierung des Subjekts“ betont und die diskursive Formation von Kultur sowie deren produktive Macht hervorgehoben, so ermöglicht ein zusätzliches Einbeziehen neuerer hermeneutischer (Ricœur 1996; Taylor 1986, Taylor 1995) wie pragmatischer Kulturtheorien (Lyotard 1987; Rorty 1989; Schatzki 1996) einen theoretischen Zugriff auf Macht, der eine perspektivische Verengung auf Akteure und Handeln, Strukturen und diskursive Determination überwinden kann (Reckwitz 2000). In der praxeologischen Wendung des Kulturbegriffs – wie beispielsweise in Pierre Bourdieus Kapitaltheorie, in Judith Butlers Theorie der Performativität (Butler 1991) oder in Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Diskurstheorie (Laclau, Mouffe 1991) – kann Kultur als Praxis thematisiert werden. So kommt der produktive Aspekt von Macht als Ordnungsleistung aus dieser Perspektive stärker zum Vorschein. Aber auch andere Gegenstände könnten in das Blickfeld geraten, weil Macht nicht mehr auf einen explizit sinnstiftenden symbolischen Bezug angewiesen ist.

Die spezifisch politische Dimension eines derart erweiterten Kulturbegriffs, speziell hinsichtlich einer Untersuchung der Rolle von Macht, tritt hervor, wenn deren doppelte Funktion berücksichtigt wird. Macht und Machtverhältnisse sind demnach nicht ausschließlich repressiv, sondern besitzen vielmehr auch einen konstitutiven Charakter. Die Herausbildung, Reproduktion sowie Transformation politischer wie sozialer Ordnungen ist in diesem Sinne notwendig auf die kollektive Macht sozialer Akteure angewiesen, der aber gleichzeitig das repressive Moment stets immanent bleiben muss (exemplarisch unter anderem in der Demokratietheorie von Claude Lefort (Rödel et al. 1990)).

Ein solchermaßen kulturtheoretisch informierter Machtbegriff könnte sich auch als fruchtbar für das Verstehen von Phänomenen erweisen, die vielfach als „Politisierung“ bezeichnet werden. Prozesse der Politisierung verweisen auf Praktiken, die gleichsam von außen in bestehende politische Ordnungen hereinbrechen. Sie besitzen eine kulturpolitische Tiefendimension, die nur aus dem Blickwinkel eines institutionalistisch verengten und unhistorischen Politikbegriffs als unpolitisch erscheint. Solche Prozesse des Infragestellens, Aufbrechens und Transformierens politischer Grenzziehungen werden beispielsweise in den theoretischen Reflexionen über Multikulturalismus (Kymlicka 1999), Feminismus (Butler 1997; Fraser 1994; Pateman 1988) oder der sogenannten „politics of difference“ (Young 1990) thematisiert. Wie sich in diesen Debatten andeutet, gibt ein entsprechend differenzierter und „kulturalistisch“ gesättigter Machtbegriff produktive Impulse für unterschiedliche Analysemuster solcher Politisierungsprozesse. Dies gilt auch für anerkennungstheoretische Perspektiven (Fraser, Honneth 2003; Honneth 1992; Taylor 2009), Theorien der Hegemonie und der Deutungsmacht, sowie schließlich für Ansätze, die ein kulturell vermitteltes Kontingenzbewusstsein als eine wichtige Bedingung der Möglichkeit von Politisierung begreifen (Greven 2009), und damit eine vorschnelle Verengung, zum Beispiel auf Macht und Gegenmacht, vermeiden.

Die Figur des Politisch-Werdens nimmt auch in jenen Theoriekontexten einen zentralen Stellenwert ein, in denen „das Politische“ jenseits von tatsächlicher Politik und deren umstrittenen Wesensbestimmung als das „Spiel der ontologischen Differenz“ (Marchart 2010) gedacht wird. Inwiefern erweist sich Kultur als symbolische Konstitution von Sinnwelten im Kontext eines solchermaßen erweiterten Politikbegriffes selbst als politisch?